

**VR-04** Demokratie schützen – Desinformation entschlossen bekämpfen! (V-55, V-93 geeint)

Gremium: BAG Digitales & Medien und BAG Demokratie & Recht und Boris Mijatovic u.a.  
Beschlussdatum: 17.10.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

## Antragstext

- 1 Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft. Sie wird durch eine lebendige und  
2 vielfältige Zivilgesellschaft getragen, die sich jeden Tag für demokratische  
3 Werte und das Gemeinwohl einsetzt. Dennoch wird unsere freiheitliche  
4 Gesellschaft und unsere Art zu leben derzeit massiv bedroht - von innen wie  
5 außen. Wir sehen uns mit anhaltenden, ernstzunehmenden sicherheitspolitischen  
6 Risiken konfrontiert, die unsere digitale und analoge Welt gleichermaßen  
7 betreffen.
- 8 In Zeiten hybrider Kriegsführung erleben wir, wie Informationsmanipulationen  
9 gezielt eingesetzt werden, um gesellschaftliche Konflikte zu befeuern,  
10 Unsicherheit zu schüren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Diese  
11 systematischen Angriffe auf die Hard- und Software unserer liberalen Demokratie  
12 müssen wir ernst nehmen und verteidigen. Autoritäre Staaten agieren gezielt auch  
13 im digitalen Raum, um politische Debatten zu beeinflussen und unsere  
14 demokratische Gesellschaft zu destabilisieren. Dagegen müssen wir die  
15 Gesellschaft stark und resilient aufstellen.
- 16 Die Auswirkungen dieser Desinformationskampagnen sind weitreichend: Sie  
17 vergiften öffentliche Diskurse, untergraben Das Vertrauen in staatliche  
18 Institutionen oder in die Medien. Menschen werden zum Ziel von Einschüchterung  
19 und Diskreditierung. So beeinflussen sie demokratische Willensbildungsprozesse  
20 bis hin zu Wahlen.
- 21 Diese Herausforderungen werden durch verschiedene Faktoren verschärft. Das  
22 Erstarken populistischer und rechtsextremer Kräfte in Deutschland und weltweit  
23 führt dazu, dass demokratiefeindliche Erzählungen noch stärker verbreitet  
24 werden. Autoritäre Staaten, wie Russland und China, nutzen Desinformation  
25 gezielt, um westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Ihre Narrative werden  
26 auch von AfD und BSW massenhaft weiterverbreitet.
- 27 Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Der  
28 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die  
29 Bedrohungslage noch einmal deutlich verschärft. Intensiviert  
30 Desinformationskampagnen werden längst begleitet durch gezielte IT-Angriffe auf  
31 staatliche und private Einrichtungen sowie auf kritische Infrastrukturen, den  
32 Lebensadern unserer Gesellschaft.
- 33 Desinformation ist kein neues Phänomen. Neu sind die rasante Ausbreitung und der  
34 große Einfluss auf die politische Meinungsbildung auf der ganzen Welt. Dafür  
35 verantwortlich sind insbesondere die Anreiz- und Vergütungssysteme von Social-  
36 Media-Plattformen, die dazu führen, dass Falschinformationen schneller  
37 verbreitet werden als fundierte Informationen, und Bedrohungsakteure, die diese

38 Mechanismen gezielt ausnutzen. Denn das Problem ist nicht die Existenz einzelner  
39 Accounts, die Falschinformationen verbreiten, sondern deren künstliche  
40 Verstärkung durch die Systeme der Plattformen. Dies untergräbt den  
41 demokratischen Diskurs, da Bürger\*innen von solchen Inhalten überschwemmt  
42 werden. Mechanismen, die z.B. Inhalte belohnen, die Angst und Wut erzeugen,  
43 müssen kritisch hinterfragt werden. Auch das Belohnen von Accounts, die mit  
44 hoher Frequenz posten, ist problematisch. Bürger\*innen müssen selbst entscheiden  
45 können, was in ihren Timelines erscheint. Dazu kommt die Funktionsweise von  
46 Online-Werbung, die dazu führt, dass Desinformation eine höchst lukrative  
47 Einkommensquelle für Betreiber undurchsichtiger Webseiten ist.

48 Der demokratische Inselstaat Taiwan erlebt seit Jahren heftige  
49 Desinformationskampagnen aus der Volksrepublik China. Die gescheiterten  
50 Beeinflussungsversuche aus Peking bei den jüngsten Wahlen zeigen die  
51 Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft, die mithilfe staatlicher und ziviler  
52 Initiativen einen hohen Aufklärungsgrad gegen systematische  
53 Informationsmanipulation erreicht hat und den Schutz vor  
54 Desinformationsangriffen beispielgebend vorantreiben konnte.

55 Die auf deutscher und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen, haben der  
56 zunehmenden Verbreitung von Hass, Hetze und Manipulation bisher nicht  
57 ausreichend Einhalt gebieten können. Der Digital Services Act (DSA) ist ein  
58 entscheidender Schritt hin zu mehr Transparenz und rechtsstaatlichen  
59 Regulierung. Er muss entschlossen in nationales Recht umgesetzt und die ihn  
60 durchsetzenden Aufsichtsbehörden gestärkt werden.

61 Im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlichem Schutz brauchen wir  
62 (1) eine wachsame Zivilgesellschaft und Medien, die kritisch hinterfragen und  
63 die Meinungsvielfalt einer vielseitigen Gesellschaft als Stärke verstehen, (2)  
64 eine konsequente Fortsetzung der rechtsstaatlichen Regulierung der großen  
65 Plattformen und künstlich generierter Inhalte, (3) den staatlichen Schutz vor  
66 digitalen Angriffen aus dem In- und Ausland – in Deutschland und Europa, (4)  
67 kritische Bürger\*innen, die sich der Manipulierbarkeit von Informationen und der  
68 Gefahr von Desinformation bewusst sind, und (5) einen verbesserten Schutz von  
69 Betroffenen.

## 70 **Ein ganzer Werkzeugkasten gegen Desinformation** 71 **und für demokratische Teilhabe**

72 Die Bekämpfung von Desinformation erfordert ein ganzheitliches Vorgehen, das  
73 Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit verbindet. Unser Ziel ist es, die  
74 Resilienz unserer Gesellschaft zu stärken und die Wehrhaftigkeit unserer  
75 Demokratie zu erhöhen. Hierfür sind gut informierte Bürger\*innen essentiell, die  
76 Informationen kritisch bewerten. Außerdem müssen unabhängige Medien gestärkt und

77 ein Mindestmaß an Transparenz und Chancengleichheit auf sozialen Plattformen  
78 sichergestellt sein. Dafür gehen wir den eingeschlagenen Weg der  
79 rechtsstaatlichen Regulierung von Plattformen konsequent weiter.

80 Die Versäumnisse sind groß. Die vor gut zwei Jahren bereits ausgerufenen  
81 "Zeitenwende" muss auch mit Blick auf hybride Bedrohungen wie Desinformation  
82 endlich politisch entschlossen umgesetzt werden. Uns steht ein Bündel an

83 Maßnahmen zur Verfügung, die jetzt ergriffen werden müssen. Unser Ansatz umfasst  
84 einen Werkzeugkasten von Maßnahmen aus den Bereichen Innere Sicherheit, Außen-  
85 und Verteidigungspolitik sowie Bildung, Zivilgesellschaft und Forschung. Nur  
86 durch das Zusammenspiel dieser Bereiche können wir den komplexen  
87 Herausforderungen, die durch Desinformation entstehen, effektiv begegnen.

## 88 **1. Maßnahmen der Innen- und Sicherheitspolitik**

89 **Bundesweite Strategie gegen Desinformation schaffen:** Desinformation ist keine

90 kurzfristige Herausforderung, sondern ein Problem auf Dauer. Um  
91 Desinformationskampagnen langfristig einzudämmen, brauchen wir eine bundesweite  
92 Strategie gegen Desinformation, die die Bundesregierung seit langem versprochen  
93 hat und deren Vorlage wir umgehend fordern. Die Strategie muss aufzeigen, mit  
94 welchen Maßnahmen, Werkzeugen, Mitteln und Strukturen Desinformation dauerhaft  
95 bekämpft werden soll. Bestandteil muss u.a. eine breit angelegte und andauernde  
96 Aufklärungskampagne, wie bei unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn,  
97 sein, um Bürger\*innen über drohende Gefahren aufzuklären.

98 **Zentrale Koordinierungsstelle ausbauen:** Wir setzen uns für den umfassenden  
99 Aufbau einer zentralen Stelle zur frühzeitigen Erkennung, Koordinierung und  
100 schnellen Bekämpfung von Desinformation aus dem In- und Ausland ein. Die  
101 Zentrale Koordinierungsstelle soll dabei bestehende Kapazitäten in verschiedenen  
102 Ressorts bündeln, Fähigkeiten erweitern, sowie Gegenmaßnahmen empfehlen und in  
103 Kooperation durchführen.

104 **DSA national umsetzen:** Den Weg der rechtsstaatlichen Regulierung wollen wir  
105 konsequent fortsetzen, den europäischen Digital Services Act (DSA) entschlossen  
106 in nationales Recht umsetzen, die Aufsichtsbehörden auf Landes- und Bundesebene  
107 stärken und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Die Bundesnetzagentur  
108 werden wir entsprechend ausstatten und ihr auch die notwendigen Mittel zur  
109 Vergabe unabhängiger Forschungsaufträge an die Hand geben. Auch brauchen wir ein  
110 Digitales Gewaltschutzgesetz, das wirksame Instrumente wie Accountsperrern  
111 gesetzlich verankert.

112 **Rechtsdurchsetzung und handlungsfähige Strafverfolgung:** Falschnachrichten,  
113 Informationsmanipulation und Desinformation sind nicht per se strafrechtlich  
114 relevant. Dort wo die Schwelle zur Strafbarkeit aber klar überschritten ist,  
115 z.B. bei Leaking und Doxxing, muss der Rechtsstaat konsequent einschreiten.  
116 Hierfür stärken wir die Strafverfolgungsbehörden bei der digitalen Ermittlung  
117 und massenhaften Bearbeitung von Vorfällen – auch mit Hilfe automatisierter  
118 Lösungen, sofern diese klaren rechtsstaatlichen und datenschutzkonformen  
119 Standards genügen. Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind ein erfolgreiches  
120 Modell, das wir mit ausreichend Ressourcen und Ausbildung stärken wollen.

121 **Nachrichtendienste einbinden:** Die Nachrichtendienste von Bund und Ländern  
122 spielen eine wichtige Rolle bei der Rückverfolgung von massenhafter  
123 Desinformation, insbesondere wenn die Urheber staatliche oder staatsnahe Akteure  
124 sind. Umso schmerzlicher sind die Versäumnisse der letzten drei Jahrzehnte bei  
125 der Spionage- und Sabotageabwehr, ohne die eine effektive  
126 Desinformationsbekämpfung nicht auskommt. Daher möchten wir die  
127 Nachrichtendienste bei ihrer Arbeit gegen Desinformation stärken.

128 **Schutzangebote auf kommunaler Ebene:** Wir müssen Schutzangebote für unsere  
129 liberale Demokratie besonders auch auf kommunaler Ebene machen. Gerade in den  
130 Städten und Gemeinden treffen Desinformation und Angriffe auf Infrastruktur  
131 direkt auf die Menschen. Hier braucht es mehr Instrumente, die Kreisverwaltungen  
132 und städtische Unternehmen zur Abwehr dieser Kampagnen wappnen. Vorbild können  
133 hier Initiativen aus Taiwan zur zivilen Verteidigung sein.

134 **Kooperation von Zivilgesellschaft, Forschung und Sicherheitsbehörden:** Wir  
wollen  
135 die wertvolle Expertise von NGOs und Wissenschaftler\*innen nutzen und eine enge  
136 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Wissenschaft  
137 und Sicherheitsbehörden fördern. Diese freiwillige Kooperation basiert auf einem  
138 strukturierten Wissensaustausch, praxisorientierten Schulungen und einer  
139 koordinierten Öffentlichkeitsarbeit. Dabei bleiben die Unabhängigkeit, die  
140 verschiedenen Perspektiven sowie die spezifischen Kompetenzen aller beteiligten  
141 Akteure gewahrt, um einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von  
142 Desinformation zu entwickeln.

143 **Erweiterter Werkzeugkasten:** Wir unterstützen die Entwicklung einer umfassenden  
144 Toolbox zur Bekämpfung von Desinformation, angelehnt an den Europäischen  
145 Auswärtigen Dienstes. Diese soll Instrumente wie öffentliche Missbilligung,  
146 Prebunking und Debunking, Sanktionen, strafrechtliche Verfolgung,  
147 nachrichtendienstliche Beobachtung sowie technische Maßnahmen wie das Abschalten  
148 von Webseiten, Accounts oder Servern umfassen.

## 149 **2. Maßnahmen zur europäischen und internationalen** 150 **Kooperation**

151 **EU-Monitoring und europäische Kooperation stärken:** Die Monitoring-Einheiten  
der  
152 EU, insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes, müssen personell und  
153 finanziell ausreichend ausgestattet werden, um Desinformationskampagnen effektiv  
154 zu überwachen und zu bekämpfen. Im Zusammenschluss mit den europäischen  
155 Institutionen und nationalen Organisationen unserer Partner in der EU und NATO  
156 ermöglichen wir den aktiven Austausch von Informationen zu  
157 Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen, fördern die  
158 Zusammenarbeit und den europäischen und internationalen Fähigkeitsaufbau.

159 **Europäisches Demokratieschild umfassend ausgestalten:** Das von der  
Europäischen  
160 Kommission geplante „European Democracy Shield“ darf sich nicht nur auf  
161 Einflusskampagnen aus dem EU-Ausland fokussieren. Auch relevante Akteure  
162 innerhalb der EU müssen in den Blick genommen werden – gerade auch, weil eine  
163 scharfe Trennung häufig nicht möglich ist. Zudem müssen die Mechanismen der  
164 Plattformen, wie Targeting und Amplifizierung, umfassend berücksichtigt werden.

165 **Stärkung der internationalen Zusammenarbeit:** Die multilaterale  
Zusammenarbeit  
166 wollen wir angesichts geopolitischer Bedrohungen und Einflussnahmen durch  
167 autoritäre Staaten auch außerhalb von EU und NATO beim Kampf gegen  
168 Desinformation stärken. Deutschland muss seine Rolle in der G7 weiter ausbauen,  
169 um globale Normen zu fördern und zu verhindern, dass einzelne Staaten die

170 Schaffung solcher Normen blockieren. Außerdem müssen wir die Gefahren von  
171 Desinformationskampagnen im Kontext von Wahlen oder politischen Krisen in  
172 Drittstaaten wahrnehmen und die Hilfe zum Aufbau von Resilienz zum Teil von  
173 Entwicklungshilfe machen.

### 174 **3. Maßnahmen zur Umsetzung der Plattformregulierung**

175 **Desinformation als systemisches Risiko definieren:** Desinformation muss im  
176 Sinne

176 des DSA als systemisches Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen  
177 anerkannt werden. Deutschland muss die Europäische Kommission auffordern, DSA-  
178 Ermittlungen bei allen großen Plattformen einzuleiten, um zu untersuchen, welche  
179 Mechanismen der Plattformen zur überproportionalen Verbreitung von  
180 Desinformation führen und diese Mechanismen unterbinden.

181 **Algorithmische Verstärkung gezielt angehen:** Die Verstärkung von Inhalten durch

182 Plattform-Algorithmen spielt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von  
183 Desinformation. Wir wissen aus der Forschung, dass sogenannte „grenzwertige“  
184 Inhalte, die sich an der Grenze zu Inhalten befinden, die illegal sind oder  
185 Community-Standards verletzen, stärker verbreitet werden als andere Inhalte.  
186 Desinformation fällt häufig in diese Kategorie. Die Europäische Kommission kann  
187 auf Grundlage des DSA solche Algorithmen als Risiko für öffentlichen Diskurs und  
188 Wahlen definieren und die Plattformen auffordern, Alternativen einzusetzen.  
189 Dabei setzen wir auf Algorithmen, bei denen Bürger\*innen selbst entscheiden, was  
190 in ihren Timelines erscheint.

191 **Einschränkung von Targeting konsequent durchsetzen:** Targeting ist eines der  
192 zentralen Instrumente, durch das Desinformation gezielt an dafür anfällige  
193 Bevölkerungsgruppen ausgespielt werden kann. Dies führt zu einer viralen  
194 Verbreitung, noch bevor Faktenchecks oder andere Maßnahmen greifen können. Wir  
195 fordern, dass die im DSA bereits vorgesehenen Einschränkungen von Targeting  
196 konsequent durchgesetzt werden – gerade mit Blick auf den Schutz von  
197 Minderjährigen oder das Schließen von Schlupflöchern. Die Europäische Kommission  
198 und die Bundesnetzagentur müssen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich für  
199 konsequente Durchsetzung sorgen. Maßgeschneiderte Botschaften dürfen nicht dazu  
200 führen, dass bestimmte Gruppen unverhältnismäßig beeinflusst werden. Darüber  
201 hinaus darf Online-Werbung nicht systematisch finanzielle Anreize bieten,  
202 Desinformation im Internet zu veröffentlichen. Werbetreibende müssen Kontrolle  
203 darüber haben, wo ihre Inhalte ausgespielt werden.

204 **Wissenschaftlichen Zugang zu Plattformdaten gewährleisten:** Um die  
205 Verbreitung

205 von Desinformation und deren Auswirkungen besser zu verstehen, muss der Zugang  
206 zu Plattformdaten für Forschungszwecke gewährleistet werden. Der DSA sieht hier  
207 klare Vorgaben vor, und wir fordern eine schnelle und umfassende Umsetzung  
208 dieses Zugangs. Ein delegierter Rechtsakt muss klare Rahmenbedingungen für den  
209 Zugang definieren und dafür sorgen, dass Wissenschaft alle Daten bekommt, die  
210 für relevante Ergebnisse erforderlich sind.

211 **Online-Werbung neu regulieren:** Die EU-Kommission muss eine neue  
212 Gesetzesinitiative an der Schnittstelle von DSA, Political Ads Regulation,  
213 ePrivacy Regulation und Wettbewerbsrecht vorlegen, um die Nutzung

214 personenbezogener Daten in Datenprofilen großer Plattformen und Datenhändler für  
215 Online-Werbung und das Ausspielen von Inhalten kohärent zu regulieren. Ziel ist  
216 es, den Einsatz personenbezogener Daten für gezielte Werbung als Einfallstore  
217 für Manipulation und Desinformation weiter einzuschränken. Auch monopolartige  
218 Strukturen einzelner Anbieter, wie Google und Meta, müssen verstärkt in den  
219 Fokus genommen werden.

#### 220 **4. Maßnahmen im Bereich digitale Bildung, Forschung und** 221 **Zivilgesellschaft**

222 **Demokratiefördergesetz jetzt:** In der Zivilgesellschaft leisten engagierte  
223 Menschen in unterschiedlichen Initiativen unschätzbar wertvolle Arbeit für  
224 unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert werden muss. Es ist  
225 höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz kommt. Wenn wir  
226 verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen wollen,  
227 brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese  
228 Arbeit auch in der Fläche leisten können.

229 **Förderung der Medienkompetenz:** Wir setzen uns für eine umfassende Stärkung  
der  
230 digitalen Bildung ein. Dies beinhaltet die Entwicklung und Implementierung von  
231 Lehrplänen an Schulen und Bildungseinrichtungen, die kritisches Denken,  
232 Faktenprüfung und den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien in den  
233 Vordergrund stellen. Darüber hinaus fördern wir Initiativen zur lebenslangen  
234 digitalen Bildung, um alle Altersgruppen zu erreichen und für die Gefahren von  
235 Desinformation zu sensibilisieren.

236 **Unterstützung der Zivilgesellschaft:** Wir fördern aktiv die Zusammenarbeit mit  
237 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Bereich der Bekämpfung von  
238 Desinformation engagieren. Dies umfasst finanzielle Unterstützung für Projekte  
239 zur Aufklärung über Desinformation, die Bereitstellung von Ressourcen für Fact-  
240 Checking-Initiativen und die Förderung von Netzwerken zum Austausch bewährter  
241 Praktiken. Zudem unterstützen wir Bewegungen, die sich für digitale Aufklärung  
242 in ihren Gemeinschaften einsetzen. Als Vorbildmodell können wir von  
243 Organisationen aus Taiwan zahlreiche wirksame Methoden lernen und auf die  
244 Situation in Deutschland und Europa anpassen. Unser Ziel muss es sein, diese  
245 zersetzenden autoritären Kräfte aufzudecken und den digitalen Raum weiter für  
246 demokratische Diskurse zu nutzen. Mit der Verabschiedung der Strategie für die  
247 internationale Digitalpolitik hat die Bundesregierung klargestellt, dass sie  
248 sich den Herausforderungen bewusst ist und es Unterstützung für  
249 zivilgesellschaftliche Organisationen zur Zusammenarbeit gegen Desinformationen  
250 braucht.

251 **Forschungsförderung:** Die Forschung zur Wirkung von Desinformation und deren  
252 Bekämpfung muss intensiviert werden. Wir setzen uns für eine verstärkte  
253 Förderung entsprechender Forschungsprojekte ein, einschließlich  
254 interdisziplinärer Studien, die Erkenntnisse aus Psychologie,  
255 Kommunikationswissenschaften, Informatik und Politikwissenschaft zusammenführen.  
256 Besonderes Augenmerk legen wir auf die Erforschung der langfristigen  
257 gesellschaftlichen Auswirkungen von Desinformation und die Entwicklung von  
258 Gegenstrategien.

259 **Fortsetzung der Bürger\*innenbeteiligung:** Die Einbindung der Bürger\*innen in  
den  
260 Prozess der Bekämpfung von Desinformation muss fortgesetzt und intensiviert  
261 werden. Wir fördern Bürgerdialoge, partizipative Workshops und Online-  
262 Plattformen, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich aktiv an der Entwicklung  
263 von Strategien gegen Desinformation zu beteiligen, zu stärken. Durch diese  
264 Einbindung stärken wir nicht nur das demokratische Bewusstsein, sondern nutzen  
265 auch das kollektive Wissen und die Erfahrungen der Bürger\*innen im Umgang mit  
266 Falschinformationen.

267 **KI-Kennzeichnung:** Angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich der künstlichen  
268 Intelligenz (KI) setzen wir uns für eine verpflichtende Kennzeichnung von KI-  
269 generierten Bildern und Videos ein. Die Kennzeichnungspflicht soll für alle  
270 Plattformen und Medienkanäle gelten und durch robuste technische Lösungen, wie  
271 digitale Wasserzeichen oder Metadaten, umgesetzt werden. Gleichzeitig fördern  
272 wir die Entwicklung von KI-Erkennungstechnologien, um nicht gekennzeichnete  
273 generierte Inhalte identifizieren zu können.

274 **Journalismus-Förderung:** Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eine  
275 unverzichtbare Säule einer Medienlandschaft, die sich Desinformation  
276 entgegenstellt. Wir wollen ihn stärken und reformieren. Seine regional  
277 verankerten, hochwertigen journalistischen Angebote sind wesentliche Grundlage  
278 für die Meinungsbildung, die offene Debatte und die kulturelle Bereicherung in  
279 einer demokratischen Gesellschaft. Unverzichtbarer Bestandteil einer resilienten  
280 Gesellschaft, die Desinformation erkennt und widersteht, ist eine vielfältige  
281 und qualitativ hochwertige freie Presse. Wir streben deshalb an, durch geeignete  
282 Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote – besonders im  
283 Netz – zu verbessern und praktikable Finanzierungsinstrumente zur Stärkung  
284 journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und einer  
285 flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu entwickeln,  
286 besonders in ländlichen Regionen. Als mögliche Ansätze dafür sehen wir die  
287 Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Non-Profit-Journalismus, eine Förderung der  
288 digitalen Transformation der Presselandschaft und eine Förderung von  
289 Journalist\*innen durch Stiftungsmodelle fördern, ähnlich wie in den nordischen  
290 Ländern.

## Begründung

Desinformation und hybride Bedrohungen stellen eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie dar. Es ist höchste Zeit zu handeln, um unsere offene Gesellschaft und unsere demokratischen Werte zu schützen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen zu begegnen. Wir müssen unsere Anstrengungen in allen Bereichen intensivieren: von der Gesetzgebung über die Bildung bis hin zur internationalen Zusammenarbeit. Nur durch ein entschlossenes Vorgehen gegen Desinformation und die Stärkung unserer digitalen Resilienz können wir unsere Demokratie für kommende Generationen bewahren. Es liegt an uns allen, jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten und gemeinsam für eine freie, aufgeklärte und widerstandsfähige Gesellschaft einzustehen.

Der Antrag ist eine geeinte Fassung von V-55 (BAG Digitales & Medien und BAG Demokratie & Recht) und V-93 (Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt)). Die Schreibgruppe

zu V-55 bestand u.a. aus Alexandra Geese (MdEP, KV Bonn), Jörn Pohl (KV Kiel), Konstantin von Notz (MdB, KV Herzogtum-Lauenburg), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Madeleine Henfling (MdL, KV Ilm-Kreis), Peter Heilrath (KV München-Stadt, BAG Frieden und Internationales), Thilo Klawonn (KV Steglitz-Zehlendorf, BAG DemRecht), Thomas Schäfer (KV München-Stadt, BAG DigiMe) und Yvonne Plaul (KV Lübeck, BAG DemRecht).

## **weitere Antragsteller\*innen**

Daniel Eliasson (Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Veronika Moers (Kassel-Stadt); Markus Leick (Kassel-Stadt); Marianne Knipping (Kassel-Stadt); Felix Bach (Braunschweig); Olav Teichert (Kassel-Stadt); Johannes Demel (Kassel-Stadt); Marie-Louise Puls (Fulda); Viola von Cramon (Göttingen); Marei Zylka (Berlin-Reinickendorf); Öztürk Kiran (Berlin-Pankow); Clemens Justus Joshua Sachs (Berlin-Reinickendorf); Miriam Laux (Stuttgart); Bettina Dolle (Berlin-Reinickendorf); Anja Hauke (Kassel-Stadt); Julian Bonenberger (Sankt Wendel); Nico Zöllner (Miltenberg); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei); Santiago Rodriguez Salgado (Berlin-Treptow/Köpenick); sowie 35 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.